



Gleichbehandlung für alle Geflüchteten !

Zurzeit erleben wir mit der Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine - großartig auch im Landkreis MR-Biedenkopf - wie schnell und unbürokratisch eine menschenwürdige Aufnahme von Kriegsflüchtlingen möglich ist. Sie erhalten Wohnungen, direkt einen Status, dürfen sich frei bewegen und arbeiten.

Und nicht nur das: Seit dem 1. Juni 2022 haben ukrainische Staatsbürger*innen Anspruch auf die Grundsicherung. Sie erhalten damit die gleichen

Leistungen wie Hartz – IV - Empfänger*innen oder bereits anerkannte Schutzberechtigte.

Geflüchtete aus anderen Kriegsgebieten hingegen müssen weiterhin einen Asylantrag stellen.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden die Jobcenter Ukrainer*innen beim Eintritt in den Arbeits- oder Ausbildungsmarkt beraten und bei Bedarf werden diese bei der Suche nach Kinderbetreuung, beim Spracherwerb sowie bei der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen unterstützt.

Um letztere kämpfen Migrant*innen und Geflüchtete aus anderen Ländern oft viele Jahre lang.

Der Krieg in der Ukraine erschüttert uns sehr. Ebenso sehr begrüßen wir die große Hilfsbereitschaft und Solidarität gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen.

Es darf aber nicht sein, dass manche Menschen mehr Rechte haben als andere!

Ungleichbehandlung wird bemerkt und nicht verstanden. Sie bereitet den Boden für Konflikte. Das könnte als nächstes Problem auf uns zukommen. Erste Anzeichen dafür gibt es schon.

An der polnischen Grenze wurde Menschen aus Drittstaaten, die in der Ukraine lebten, die Ausreise aus dem Kriegsgebiet massiv erschwert. Sie fliehen vor demselben Krieg. Doch aufgrund ihrer Herkunft und Hautfarbe erleben sie Andersbehandlung und soziale Diskriminierung, aus rassistischen Motiven, zum Teil mit Gewalt!

Über die Aufnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine dürfen wir auch nicht diejenigen vergessen, die ebenfalls vor Kriegen und Unterdrückung ihre Heimat verlassen mussten, z.B. Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, Eritrea und anderen afrikanischen Ländern oder dem Iran.

Alle Schutzbedürftigen brauchen unsere Solidarität! Es darf keine Geflüchteten 1. und 2. Klasse geben. Hautfarbe, Herkunft, Religion und Pass dürfen keine Rolle spielen!

Immer noch sitzen geflüchtete Menschen unter unwürdigsten Bedingungen auf griechischen Inseln fest. Seit 2016 setzt sich die **Initiative „200 nach Marburg“** mit Unterstützung des Stadtparlaments dafür ein, 200 von ihnen nach Marburg zu holen. Darüber hinaus hat sich Marburg 2019 zum „Sicheren Hafen“ erklärt. Als im selben Jahr Moria brannte, wäre die sofortige Evakuierung des Lagers notwendig gewesen. Die schnelle und unkomplizierte Unterbringung von 4,5 Millionen ukrainischen Flüchtlingen in Deutschland und anderen Ländern macht deutlich, dass die Aufnahme von Menschen aus Moria nicht an Kapazitäten gescheitert ist, sondern an dem Willen, noch weitere Geflüchtete aufzunehmen, die nicht aus einem europäischen Land stammten. Bis heute sind die Aufnahmebeschlüsse von 2016 nicht umgesetzt!!

Wir von der Initiative „200 nach Marburg“ fragen noch einmal dringlich die Schwarz-Grüne Landesregierung nach dem Stand des Landesaufnahmeprogramms! Neben den aufgenommenen ukrainischen Flüchtlingen sollte in Marburg-Biedenkopf auch noch Platz für besonders Schutzbedürftige aus den Lagern im Mittelmeerraum sein!

Stattdessen kommt es immer noch zu Abschiebungen von gut integrierten Flüchtlingen – auch bei uns im Landkreis – trotz Fachkräftemangel in wichtigen Arbeitsbereichen, in denen diese Menschen tätig sein könnten.

Die richtigen Maßnahmen, die für ukrainische Geflüchtete getroffen werden, müssen genauso für alle anderen gelten! **Kein Zwei-Klassensystem von Menschen auf der Flucht!**

